Stadt Plauen
Verwaltungsausschuss

Plauen, 5. April 2017

Niederschrift
über die 26. Sitzung des Verwaltungsausschusses

Sitzung am :	Mittwoch, den 22.03.2017
Sitzungsort:	Rathaus, Zimmer 154 b

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 18:35 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender: Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer

Stimmberechtigte Mitglieder:

Herr Hansgünter Fleischer	
Herr Sven Gerbeth	
Frau Claudia Hänsel	
Herr Wolfgang Hinz	
Herr Prof. Dr. Lutz Kowalzick	zeitweise anwesend bis TOP 7.1.
Herr Benjamin Zabel	zeitweise anwesend ab TOP 2.

Beratende Mitglieder:

Herr Waldemar Deschner	zeitweise anwesend bis TOP 7.3.
Herr Torsten Dolata	
Herr Arndt Fröhlich	
Herr Uwe Geisler	zeitweise anwesend bis TOP 3.2.
Herr Eric Holtschke	
Frau Gabriele Lorenz	

Stellvertretende Mitglieder:

Frau Christa Süß	Vertretung für Herrn Hansjoachim Weiß
Herr Rico Wagner	Vertretung für Herrn Christian Hermann - zeitweise anwesend bis TOP 7.1.

Abwesende:
Stimmberechtigte Mitglieder:

Herr Christian Hermann	entschuldigt
Herr Jörg Schmidt	entschuldigt
Herr Hansjoachim Weiß	entschuldigt

Beratende Mitglieder:

Herr Volker Freitag	entschuldigt
Herr Kai Grünler	entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung:

Name	Funktion	
Frau Karliner	FGL Personal/Organisation	gesamte Sitzung
Herr Grasse	FBL Zentrale Dienste	öffentlicher Teil
Herr Uebel	Ltr. Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Herr Schäfer	FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport	öffentlicher Teil
Frau Berger-K.	FGL Kinder- und Jugendeinrichtungen	öffentlicher Teil
Frau Myrczek	Gleichstellungsbeauftragte	gesamte Sitzung
Herr vom Hagen	Leiter Eigenbetrieb GAV	öffentlicher Teil
Herr Mißbach	FGL Betriebswirtschaft/Liegenschaften	öffentlicher Teil
Herr Tillmann	Bereichsjurist	bis TOP 3.1.
Herr Leonhardt	Personalrat	gesamte Sitzung

Weitere Sitzungsteilnehmer:

Name	Anwesenheitsgrund
Herr Piontkowski	Vogtlandanzeiger – öffentlicher Teil
Herr Selbmann	FreiePresse – öffentlicher Teil
Frau Doris Meijler, Fachgebiet Archiv	öffentlicher Teil
Frau Anja Ullmann	öffentlicher Teil
Frau Janet Peip, Mobile Jugendarbeit	öffentlicher Teil

Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1.1. Tagesordnung
1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 26. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 15.02.2017
1.3. Beantwortung von Anfragen
1.4. Informationen des Oberbürgermeisters

2. Zwischeninformation zur Ordnung und Sicherheit in der Stadt Plauen - Umsetzung der Maßnahmen des Arbeitspapiers vom 07.12.2016

3. Vorberatung

3.1. Änderung von § 23 Absatz 3 der Hauptsatzung für gesetzlich vorgeschriebene Abdrucke von Veröffentlichungen (Bekanntmachungen)
Drucksachennummer: 539/2017

3.2. Projektteilnahme am Energieeffizienznetzwerk - Aufbau Kommunales Energiemanagement
Drucksachennummer: 537/2017

3.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Einrichtung einer Teilzeitstelle für eine Kinderbeauf-tragte/einen Kinderbeauftragten, ***Reg.-Nr. 183-17 - Stellungnahme der Verwaltung***

4. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 27. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Oberbürgermeister Oberdorfer durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Zur die Mitunterzeichnung der Niederschrift werden Stadtrat Hansgünter Fleischer, CDU-Fraktion, und Stadtrat Wolfgang Hinz, Fraktion DIE LINKE. gebeten.

1.1. Tagesordnung

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., bittet darum, den Antrag ihrer Fraktion, ***Reg. Nr. 183-17***, (TOP 3.1.) von der heutigen Tagesordnung zu streichen.
Gemäß Festlegung im Bildungs- und Sozialausschuss am 16.03.2017 soll dieser Antrag nochmals behandelt werden. Eine erneute Behandlung im Verwaltungsausschuss erbittet Stadträtin Hänsel am 31.05.2017.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 26. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 15.02.2017

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 26. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 15.02.2017 fest.

1.3. Informationen des Oberbürgermeisters

keine Informationen

1.4. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen

2. Zwischeninformation zur Ordnung und Sicherheit in der Stadt Plauen - Umsetzung der Maßnahmen des Arbeitspapiers vom 07.12.2016

Frau Queck-Hänel, Fachgebietsleiterin Ordnungsangelegenheiten, informiert über den aktuellen Sachstand zur Problematik „Erhöhung der Sicherheit und Ordnung in der Plauener Innenstadt“.
Sie teilt u. a. mit, dass alle 14 Stellen des Gemeindlichen Vollzugsdienstes (GVD) seit dem 01.03.2017 besetzt sind (4 Neueinstellungen, 3 Männer, 1 Frau).

Die im Jahr 2016 begonnene Aus- und Weiterbildung des Gemeindlichen Vollzugsdienstes wird verstärkt fortgeführt. Weiterhin fanden bzw. finden Ausbildungen/Lehrgänge mit rechtlicher Unterweisung statt.
Die dafür benötigten finanziellen Mittel wurden vom Stadtrat bewilligt.

Die Ausrüstung des Gemeindlichen Vollzugsdienstes wird/wurde verbessert – es werden Schutz-westen und Schutzhandschuhe für jede Mitarbeiterin und jeden Mitarbeiter bereitgestellt. Weiterhin werden alle Gemeindlichen Vollzugsbediensteten mit Festhaltemitteln (wie Handschellen) zur Durchsetzung unmittelbaren Zwangs ausgerüstet.

Zum Eigen-/Selbstschutz werden die Mitarbeiter/innen zusätzlich mit Reizsprühgas und einem Einsatzmehrzweckstock (EKA, Einsatzstock kurz, ausziehbar) ausgestattet.
Die Aushändigung des EKA erfolgt nur an die Mitarbeiter/innen, die auch bereit sind, diesen mit-zuführen. Die Mitführung dieser Einsatzmehrzweckstöcke erfolgt nicht ständig, sondern nur zu besonderen Anlässen, wie z. B. bei gezielten Kontrollen zu Stadtfesten, Abendkontrollen in der Innenstadt.

Die Einsatzmehrzweckstöcke dienen ausschließlich dem Selbstschutz und sollen den Respekt der gemeindlichen Vollzugsbediensteten gegenüber der Öffentlichkeit stärken. Sie dürfen in keinem Fall zur Durchsetzung von Maßnahmen des GVD angewandt werden (z. B. Durchsetzung Platzverweis).

Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung erfolgt eine Ausbildung der Mitarbeiter/innen an den vor-genannten Hilfsmitteln. Für die Nutzung dieser Mittel wird eine Dienstanweisung erarbeitet.

Über die Personalverwaltung wird geprüft, inwieweit der Gemeindliche Vollzugsdienst noch besser geschult/ausgebildet werden kann. Hierzu wurde Verbindung mit den Weiterbildungsinstituten auf-genommen, um ggf. umfangreiche Lehrgänge anzubieten. Diese Lehrgangsumfänge sollten ca. 100 - 200 Stunden umfassen.

Mit der Mobilen Jugendarbeit wurde ein Gespräch geführt, wobei nochmals die Aufgabenstellungen für die Mobile Jugendarbeit und den Gemeindlichen Vollzugsdienst klar herausgearbeitet, eine weitere Zusammenarbeit vereinbart und Schwerpunktstellen innerhalb der Stadt aus Sicht der Mobilen Jugendarbeit besprochen wurden.

Mit dem Pfarrer der Lutherkirche, Herrn Gräser, wurden Gespräche geführt, um hier Schwerpunkte bezüglich des Lutherparks und der Lutherkirche festzustellen.
Der Streifendienst um die Lutherkirche und den Lutherpark wird vor allem in den Nachmittags- und Abendstunden verstärkt.

Die Veranstalter des Faschingsumzuges wurden beauflagt, mehr Toiletten bereitzustellen und verstärkt Sicherheitsdienste bzw. Ordner einzusetzen.

Weiterhin wurden hier mit 8 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gemeinsam mit der Polizei intensive Kontrollen zur Einhaltung der Polizeiverordnung durchgeführt. Schwerwiegende Ordnungswidrig-keiten konnten nicht festgestellt werden.

Die Maßnahme des Faschingsvereins (große Pinkelrinne) hat sich bewährt, auch der Einsatz der eigenen Ordner vom Faschingsverein.

Diese Verfahrensweise soll auch auf Veranstalter anderer Feste übertragen werden. Es sollen konkrete Maßnahmen für die Erhöhung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu Festivitäten erarbeitet
werden.

Mit dem Landratsamt Vogtlandkreis wird Anfang April ein Gespräch geführt, inwieweit eine Zusammenarbeit mit dem Bereich Kommunale Integrationsservicestelle erfolgen kann.

Mit dem Centermanagement der Stadtgalerie wurde ein Gespräch geführt, um abzuklären, wie hier der Einsatz des Sicherheitsdienstes der Stadtgalerie im Zusammenwirken mit dem Gemeindlichen Vollzugsdienst erfolgen kann, um die Situation vor dem Haupteingang der Stadtgalerie zu verbessern.

Es wurde eine direkte Kontrollroute für den Gemeindlichen Vollzugsdienst (GVD) in den Abend-stunden im Innenstadtbereich festgelegt. Der GVD spricht gezielt Personengruppen an, um bereits präventiv auf die Einhaltung der Polizeiverordnung hinzuwirken.
Frau Queck-Hänel nimmt Ende März/Anfang April selbst an den Abendkontrollen teil, um ggf. die Arbeitsabläufe weiterhin zu optimieren und zu definieren.

Gemeinsame Streifen wurden mit dem Polizeivollzugsdienst insbesondere zur Zeit des Weihnachtsmarktes durchgeführt. Diese Kontrollen werden fortgeführt und je nach Möglichkeit intensiviert.

Angebote von privaten Sicherheitsdiensten liegen im FG Allgemeine Ordnungsangelegenheiten bereits vor.

Auszüge der Polizeiverordnung (Verhalten in der Öffentlichkeit) wurden ins Arabische und Englische übersetzt und mit Piktogrammen versehen. Der Gemeindliche Vollzugsdienst ist mit diesen Texten ausgerüstet, um sie ausländischen Mitbürgern zur Kenntnis geben zu können.

Der Lutherpark wird mit 5 Schildern an den Zugängen gekennzeichnet, auf denen mit Piktogrammen dargestellt ist, was in diesem Park verboten ist.

Bezüglich der Aufenthaltsverbote wurde das Polizeirevier angeschrieben, inwieweit Personen in der Vergangenheit festgestellt wurden, die vermehrt Straftaten und schwerwiegende Ordnungswidrig-keiten begangen haben, um ein Aufenthaltsverbot für das Stadtzentrum auszusprechen.
Eine Rückmeldung dazu liegt noch nicht vor.

Stadtrat Rico Wagner, SPD/Grüne-Fraktion, weist darauf hin, dass es am Spielplatz Markt-straße/Nobelstraße immer wieder zur Verrichtung von Notdurft kommt. Dies müsste dringend verhindert werden.

Stadtrat Wolfgang Hinz, Fraktion DIE LINKE., begrüßt die vorgetragenen Maßnahmen.
Trotzdem sieht er noch Probleme, die geklärt werden müssten. Z. B. würde es vermehrt zum Treffen am Baum vor dem neuen Landratsamt kommen, seitdem dort die Bank entfernt wurde. Nunmehr würde dort die Umrandung des Baumes als Sitzplatz genutzt werden.
Es sollte hinterfragt werden, wer die Personen sind, die sich dort treffen und warum sie sich aus-gerechnet da treffen.

Weiterhin weist Stadtrat Hinz darauf hin, dass es einen „Trinkertreff“ an der Netto-Kaufhalle im Chrieschwitzer Hang gibt. Auch hier würde es vermehrt zur Verrichtung der Notdurft an dieser Ecke kommen.

Stadtrat Hinz ist aufgefallen, dass sich auf dem Freigelände vor dem Jugendtreff „Oase“ im Chrieschwitzer Hang immer wieder Leute auch bei sehr kalter Witterung treffen. Er vermutet hier eventuell einen „Drogentreff“. Vielleicht könnte auch dies einmal geprüft werden.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, spricht sich ebenfalls positiv zu den bisher ein-geleiteten Maßnahmen aus. Dies sei ein guter Weg, der konsequent weiter betrieben werden sollte,

um die Ordnung und Sicherheit in der Stadt Plauen zu verbessern.

Stadtrat Prof. Dr. Kowalzick weist aber darauf hin, dass die von Frau Queck-Hänel vorgestellten Piktogramme auch farblich so gestaltet sein sollten, dass Verbote besser erkannt werden können.

Frau Queck-Hänel führt aus, dass die Piktogramme unterschiedlich farblich gestaltet seien, was bei der heute gezeigten Kopie nicht ganz sichtbar sei.

Stadtrat Benjamin Zabel, Vorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, fragt nach, wie mit der Situation am Postplatz umgegangen wird, die sich nach der Entfernung der Bank nicht wesentlich verändert hätte. Weiterhin bittet er um Information über die Zusammenarbeit des Gemeindlichen Vollzugsdienstes mit der Polizei und der Mobilen Jugendarbeit.

Stadtrat Zabel fragt weiterhin nach, wie die Sicherheit und Ordnung in den einzelnen Stadtteilen gewährleistet werden kann.

Frau Queck-Hänel teilt mit, dass gezielt mit Veranstaltern von Stadtfesten bezüglich der Bereitstellung von noch mehr Toiletten gesprochen wird, um ein „Wildpinkeln“ vermeiden zu können.
Gleichzeitig sollen die von den Veranstaltern eingesetzten Ordnungskräfte für dieses Problem sensibilisiert werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass mit Gaststättenbesitzern im Innenstadtbereich gesprochen wurde, die hauseigenen Toiletten bei Stadtfest für die Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.
Dies soll bei teilnehmenden Gaststätten durch einen Aufkleber sichtbar gemacht werden.

Weiterhin informiert Frau Queck-Hänel darüber, dass auch die Stadtteile besser durch den Gemeind-lichen Vollzugsdienst kontrolliert werden sollen. Hierzu erfolgt jeden Morgen eine Dienstplanung im Bereich. Durch die Schulung der Mitarbeiter/innen soll eine bessere Motivation erreicht werden.

Bezüglich eines möglichen „Drogentreffpunktes“ vor dem Jugendklub „Oase“ erfolgt eine Mitteilung an die Polizeidienststelle.
Der Kontakt mit der Polizeidienststelle in Plauen findet mindestens 1 x pro Woche statt.

Gespräche mit der Mobilen Jugendarbeit wurden geführt. Gemeinsame Kontrollgänge des Gemeind-lichen Vollzugsdienstes mit Mitarbeiterin der Mobilen Jugendarbeit seien aber nicht zielführend, da sich die Mobile Jugendarbeit nicht als Kontrollorgan sieht.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass es nicht darum gehen sollte, Menschen von Plätzen in der Innenstadt zu vertreiben, sondern einen Standard zu definieren, wie man sich im täglichen Miteinander zu verhalten habe.

Herr Dolata, sachkundiger Einwohner der SPD/Grüne-Fraktion, fragt nach, wie die Lage betrachtet würde, dass sich Menschen immer weiter aufrüsten würden und wie sich die Bevölkerung verhalten sollte.

Frau Queck-Hänel teilt mit, dass gemäß Statistik eine Erhöhung der so genannten „Aufrüstung“ sichtbar sei. Aktuell sei aber den Vollzugsbediensteten noch kein Vorfall bzw. eine Bedrohung z. B. durch Messer usw. bekannt.
Vorfälle sollten an das Landratsamt Vogtlandkreis als zuständige Waffenbehörde weitergeleitet werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer fasst abschließend zusammen, dass die entsprechende Dienstanweisung für den Gemeindlichen Vollzugsdienst zum 01.06.2017 in Kraft treten wird.

3. Vorberatung

3.1. Änderung von § 23 Absatz 3 der Hauptsatzung für gesetzlich vorgeschriebene Abdrucke von Veröffentlichungen (Bekanntmachungen)
Drucksachennummer: 539/2017

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Vorlage. Er teilt u. a. mit, dass ihm eine schriftliche Zusage von Herrn Landrat Keil vorliegt, wonach die Stadt Plauen wichtige Satzungen usw. im Kreisjournal gegen ein Entgelt veröffentlichen kann.

Auf Nachfrage von Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, antwortet Oberbürgermeister Oberdorfer, dass sich hierdurch das Einsparvolumen im Rahmen des Beschlusses zum Haushalt 2016 – bezüglich der Verringerung der Ausgaben des Mitteilungsblattes der Stadt

Plauen von 12 auf 6 Ausgaben jährlich – verringert. Ein genauer Betrag kann aber noch nicht benannt werden.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungs-vorlage, ***Drucksachennummer: 539/2017***, zu.

Beschlussvorschlag:
Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die als Anlage beigefügte Satzung zur Änderung von § 23 Absatz 2 der Hauptsatzung.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung

3.2. Projektteilnahme am Energieeffizienznetzwerk - Aufbau Kommunales Energiemanagement *Drucksachennummer: 537/2017*

Herr vom Hagen, Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung, erläutert den Inhalt der Vorlage anhand einer Bildschirmpräsentation.

Auf Nachfrage von Stadtrat Benjamin Zabel, Vorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, teilt Oberbürgermeister Oberdorfer mit, dass diese Vorlage aufgrund der Kurzfristigkeit nicht zur Vor-beratung im Stadtbau- und Umweltausschuss am 20.03.2017 vorgelegt werden konnte.

Es erfolgte aber eine Information, dass diese Vorlage im heutigen Verwaltungsausschuss vorberaten würde.

Stadtrat Zabel fragt nach den Gründen, warum 1 Stelle definitiv von extern besetzt werden muss. Weiterhin möchte er wissen, ob die im vorletzten Absatz des Sachverhaltes der Vorlage benannte Person nach Ablauf des Projektes zum 31.05.2020 von der Stadt Plauen übernommen werden muss.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, äußert seine Bedenken zur Kurzfristigkeit der anstehenden Entscheidung zu diesem Projekt.
Er fragt nach, ob es über den Ablauf des Projektes hinaus noch bindende Verpflichtungen gibt, um eine mögliche Rückzahlungsforderung von Fördermitteln ausschließen zu können.

Herr vom Hagen antwortet, dass die Grundlagen für das Projekt (z.B. Erfassung von Verbrauch) schon gegeben sind. Es fehle aber das notwendige Personal, um dies auswerten zu können.
Die Fördermittel für die Einstellung von Personal für dieses Projekt würden zur rechten Zeit zur Verfügung stehen.
Gemäß Aussagen der Sächsische Energieagentur GmbH (SAENA GmbH) würden sich 10 sächsische Kommunen im Netzwerk beteiligen.
Die externe Ausschreibung der Stelle mache sich notwendig, weil das bereits vorhandene qualifizierte Personal bereits anderweitig ausgelastet sei.
Die Kurzfristigkeit des Projektes ergibt sich daraus, dass erst Anfang Februar 2017 die Mitteilung erfolgt sei, dass dieses Fördermittelprogramm aufgelegt wurde.
Die Fördervereinbarung würde aber nicht mit der SAB sondern mit der SAENA GmbH geschlossen.
eine finanzielle Fortführung sei daraus zwar nicht erkennbar, aber die Fortführung des Projektes an sich sei ja Sinn der Sache.

Herr vom Hagen schlägt vor, die Vereinbarung mit der SAENA den Fraktionen zur Kenntnis vor-zulegen.

Oberbürgermeister Oberdorfer unterstützt diesen Vorschlag.

Herr vom Hagen führt weiter aus, dass es eine Befristung der Anstellung eines neuen Mitarbeiters

nicht geben könne, aber die zu besetzende Stelle könne befristet werden. Nach 5 Jahren wäre diese Stelle veränderbar.

Auf Nachfrage von Stadtrat Hansgünter Fleischer, CDU-Fraktion, teilt Herr vom Hagen mit, dass die Förderung für Investitionen, die sich aus diesem Projekt ergeben, über die ganz normalen laufenden Förderprogramme finanziert werden können.

Herr Geisler, sachkundiger Einwohner der Fraktion FDP/Initiative Plauen, fragt nach, wer die Sächsische Energieagentur (SAENA GmbH) sei und worauf sich die Annahme stütze, dass mit Einführung dieses Projektes ca. 10 % eingespart werden könnten.

Herr vom Hagen antwortet, dass es derzeit eine Gesamtsumme an Heizkosten für die Stadtverwaltung Plauen in Höhe von ca. 1,2 Mio. EUR gäbe und für Energieverbrauch in Höhe von ca. 1,3 Mio. EUR. Ca. 200 TEUR würden für Wasser/Abwasserkosten angesetzt.
Eine entsprechende Einzelauflistung kann den Fraktionen bei Bedarf zugearbeitet werden.

Herr vom Hagen informiert, dass die Sächsische Energieagentur - SAENA GmbH ein Unternehmen des Freistaates Sachsen (51 %) und der Sächsischen Aufbaubank - Förderbank (49 %) sei.
Der Geschäftsführer ist Herr Christian Micksch.
Eine Einsparung von 10 % sei nicht vorgegeben, diese könnten aber schon durch die Sensibilisierung der Nutzer erreicht werden.

Stadtrat Wolfgang Hinz, Fraktion DIE LINKE., fragt nach, welche 10 Orte an diesem Projekt beteiligt seien und ob dies alles sächsische Kommunen seien.

Oberbürgermeister Oberdorfer legt fest, dass die Vereinbarung mit der SAENA GmbH sowie alle weiteren Informationen den Fraktionen zur Kenntnis vorzulegen sind.

Verantwortlich: Eigenbetrieb GAV – Herr vom Hagen

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungs-vorlage, ***Drucksachennummer: 537/2017***, zu.

Beschlussvorschlag:
Der Finanzausschuss der Stadt Plauen beschließt die Projektteilnahme am Energieeffizienznetzwerk – Aufbau Kommunales Energiemanagement – ENW II und die Einreichung eines entsprechenden Förderantrages bei der Sächsischen Aufbaubank (SAB).

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen

3.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Einrichtung einer Teilzeitstelle für eine Kinderbeauf-tragte / einen Kinderbeauftragten, *Reg.-Nr. 183-17* - Stellungnahme der Verwaltung

siehe TOP 1.1. Tagesordnung
Der Antrag wurde von Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. zurückgestellt bis zum Verwaltungsausschuss am 31.05.2017.

4. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., fragt erneut nach, wann endlich

der Antrag ihrer Fraktion bezüglich der Evaluierung, ***Reg. Nr. 44-15***, auf die Tagesordnung des Verwaltungsausschusses gesetzt würde.

Frau Karliner, Leiterin Fachgebiet Personal/Organisation, teilt mit, dass ihr von einer Evaluierung abgeraten wurde, da der Nutzungen und die Kosten in keinem Verhältnis stehen würden.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, bittet auf Nachfrage einer Bürgerin darum, dass auch die beiden Bürgermeister der Geschäftsbereich I und II auf der Homepage der Stadt Plauen ähnlich verlinkt sein sollten wie der Oberbürgermeister selbst.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet um Prüfung ggf. Änderung durch den Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Tourismus, Frau Weck.

Plauen, den	Plauen, den	Plauen, den	Plauen, den
Ralf Oberdorfer Oberbürgermeister	Hansgünter Fleischer Stadtrat	Wolfgang Hinz Stadtrat	Peggy Glaß Schriftführerin